



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

wir sind der Meinung, daß die geistige Ueberlegenheit sich schon vor dem Kriege in der Gewinnung sicherer Bundesgenossen documentirt haben müsse, wenn man während des Krieges auf sie soll rechnen können. Der diplomatische Sieg bereitet so sicher den Sieg auf dem Kriegsschauplatz vor, als ein General kein Feldherr ist, der kein Staatsmann ist. Wilhelm Rüstow.

Von der preussischen Grenze.

Man würde die Irrgänge der „öffentlichen Meinung“ viel leichter entfädeln, wenn man von vornherein eine größere Aufmerksamkeit auf die geheimen Manoeuver der Parteien richtete, welche diese Meinung zu ihren Zwecken ausbeuten. Im Laufe dieses Jahres tauchten eine Menge von Gerüchten und Vermuthungen auf, welche von der „öffentlichen Meinung“ zu feststehenden Thatsachen gestempelt wurden; auf ihren Ursprung hatte Niemand geachtet, sie waren aber von so verschiedenen Seiten formwährend wiederholt worden, daß es zuletzt damit ging, wie mit der Mißgeburt in Gellerts Fabel: alle Welt war bereit, die Wahrhaftigkeit derselben mit einem körperlichen Eid zu erhärten. Das leitende Dogma des Jahres war die Absicht des Kaiser Napoleon, durch seinen Bund mit Sardinien den Rhein zu erobern; wer an dieses Dogma nicht glaubte, galt als ein von den Franzosen erkaufter Verräther.

Jetzt ist ein neues Dogma im Werk: Napoleon will vorläufig nicht den Rhein erobern, sondern England; zu diesem Zweck hat sein Bundesgenosse, der Kaiser von Rußland den Prinzen von Preußen in Breslau bestimmt, in dem bevorstehenden Kriege neutral zu bleiben. Die Sinnlosigkeit dieses Gerüchts springt in die Augen, schon wegen der Beziehungen des preussischen zum englischen Hof; was die beiden Fürsten mit einander zu verhandeln haben, da der italienische Congreß vor der Thür ist, kann jedes Kind an den Fingern abzählen, und wenn das bisherige Organ der preussischen Regierung, nicht in diplomatischen Formeln, sondern in schlichtem Deutsch dies Gerücht für eine nichtswürdige Lüge und die Urheber desselben für nichtswürdige Lügner erklärt hätte, so würde der ganze Spul bald verschwunden sein.

So aber treten zuerst die Parteiblätter auf, mit Andeutungen, Winken, auch wol mit Versicherungen. Wie weit das Recht eines Parteiblattes gehen soll, haben wir in dem Prozeß des Professor Vogt gegen die Allgemeine Zeitung von einer Redaction erfahren, von der wir es doch nicht erwarteten; von der Kreuzzeitung wäre es uns begreiflicher gewesen. Nach den Parteiblättern kommt eine andere Klasse von Zeitungen, die von der Wahrheit sehr wohl unterrichtet sein könnten, ja unterrichtet sein müßten. Diese Klasse führt die Aussage der Parteiblätter bloß an, doch nicht, ohne hinzuzusetzen, daß jene Blätter in der Regel gut unterrichtet seien. Dann folgt eine dritte Klasse: diejenigen liberalen Zeitschriften, die durchaus wohlmeinend sind, aber den Wald vor Bäumen nicht sehen; diese raisonniren folgendermaßen: es wäre von der zweiten Klasse, die in der Lage ist, sich von der Wahrheit jener Thatsachen vollständig zu unterrichten, eine grenzenlose Frechheit, wider beßres

Wissen ein solches Gerücht zu sanctioniren; es ist vielmehr anzunehmen, daß sie sogar mehr weiß, als sie aussagt. Hat nun gar die Geschichte ihren Weg in die kleinen Localblätter gefunden, die es aufnehmen, weil sie doch ihrem Publicum irgend etwas neues erzählen müssen, so ist dem Uebel nicht mehr zu helfen; und wenn dann endlich die thatsächliche Widerlegung eintritt, so hat die Sage ihre Wirkung gethan und wird mit voller Anerkennung ihrer Verdienste in den Ruhestand versetzt. Glücklicher Weise steht in diesem Augenblick nicht viel auf dem Spiel: Rußland und Preußen werden bald Gelegenheit haben, ihre Ansichten öffentlich auszusprechen, und wir hoffen, daß das nicht im Gegensatz, sondern im engsten Verein mit England geschehn wird. Wenn ein leidenschaftlicher Tory zu Gewehren für Garibaldi unterschreibt, so ist das ein nicht zu verachtendes Symptom, daß auch in conservativen Kreisen die Ueberzeugung mehr und mehr Raum gewinnt: das europäische Gleichgewicht und das monarchische Princip fordern gleichmäßig eine kräftige Unterstützung der sardinischen Politik.

Ein noch glücklicherer Umstand für die Aufhellung des deutschen Parteiwesens ist die jetzige Wendung der kurhessischen Angelegenheit. Während des italienischen Krieges konnten wahrhaft liberale Männer erklären, sie seien für Oestreich gegen Italien, nicht obgleich, sondern weil sie liberal seien; dasselbe konnte bei der Eiferlicher Bewegung geschehen. Es konnte geschehen, weil weder die Voraussetzungen, noch der letzte Zweck, noch die Mittel klar hingestellt waren. Die kurhessische Frage dagegen ist recht dazu angethan, die Spreu vom Weizen zu sondern, und wenn auch diesmal der Ultramontanismus sich in ein liberales Gewand einhüllt, so kann auch diese Maske wenigstens Niemand mehr täuschen, der nicht vorsätzlich seine Augen verschließt.

Zwar fehlt es an Vorwänden auch diesmal nicht. Schon haben wir von östreichischen Blättern vernommen, es handle sich nicht um Recht oder Unrecht in Kurhessen, sondern um östreichische oder preußische Hegemonie. Insofern kann man ihnen beipflichten, als die Tragweite der jetzigen Entscheidung weit über das Hessenland hinausgeht; auch der Einfluß Oestreichs und Preußens ist enge damit verflochten; aber es gilt viel mehr, es gilt die Frage, ob der Bundestag, d. h. die Gesamtheit der deutschen Regierungen, auf dem Wege, den sie 1852 eingeschlagen hat, fortgehen oder einen andern aussuchen will.

In dem Protest gegen die Motivirung des Antrags der Mittelstaaten über die Bundeskriegsverfassung hat Preußen erklärt, das Ansehen des Bundestags werde um so fester stehen, je weniger er seine Befugnisse überschreite. Dieses Princip hat es auch bei seiner Denkschrift in der kurhessischen Sache im Auge behalten. Der Bundestag hat bei seiner Einwirkung auf die Verfassungen der einzelnen Staaten nur zweierlei im Auge zu halten: erstens die Uebereinstimmung derselben mit dem Bundesrecht; zweitens die formelle Legalität derselben. Der Bundestag hat das Recht, diejenigen Bestimmungen einer Einzel-Verfassung zu bezeichnen, welche dem Staate die Erfüllung seiner Bundespflichten unmöglich machen, auf die Abstellung derselben zu dringen und wenn diese auf legalem Wege nicht möglich ist, Zwang eintreten zu lassen; das ist die Grenze seines Rechts.

Der Bundestag ist 1852 weiter gegangen, er hat, ohne den Rechtsweg zu versuchen, die kurhessische Verfassung, welche 21 Jahre bestand, einzelner Bestimmungen

wegen außer Wirksamkeit gesetzt und einen provisorischen Verfassungsentwurf sanctionirt, gegen den sich nicht nur das gesammte „Volk“, sondern sämtliche Behörden, die militärischen mit einbegriffen erklärten. Die kurhessische Regierung hat die alte Verfassung gestürzt und zuerst mit direkter, dann mit indirekter Unterstützung des Bundes mit der neuen zu regieren versucht. Es war nicht eine einzelne rettende That, sondern eine unendliche Reihe rettender Thaten, deren jede durch die vorhergehende nothwendig gemacht wurde. Das letzte Resultat dieser ganzen Reihe ist, daß die nach dem gegenwärtigen System zu Stande gekommene und zehnfach gemäßregelte Kammer mit einer an Einstimmigkeit gränzenden Majorität die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 fordert, d. h. sich selbst für inkompetent erklärt, mit der Regierung einen neuen Rechtszustand zu vereinbaren.

Dieses letzte entscheidende Resultat war freilich der österreichischen und hessischen Regierung unbekannt, als sie ihre Denkschriften gegen Preußen veröffentlichten, und mit ihm fallen ihre hauptsächlichsten Argumente zu Boden. Dennoch ist der principielle Gegensatz wichtig genug, um hier im deutschen Interesse mit Beseitigung aller Nebensachen hervorgehoben zu werden.

Die österreichische Denkschrift, deren höfliche, ja in gewissem Sinne geistreiche Form wir gern anerkennen, gesteht der preussischen Vieles zu: sie erklärt sich zu größern Concessionen an die Wünsche des hessischen Volks bereit, sie läßt sich, ebenso wie die preussische, auf die Frage nach der Rechtmäßigkeit des Verfahrens von 1852 wenig oder gar nicht ein, aber sie argumentirt folgendermaßen: der Bundesbeschluß von 1852 ist einmal erfolgt; die Zurücknahme desselben (und daß es sich um eine Zurücknahme handelt, geben wir der österreichischen Denkschrift zu) würde erstens das Ansehen des deutschen Bundestags vor dem deutschen Volk kompromittiren, zweitens die hessische Regierung in Verlegenheit setzen, die im Vertrauen auf die Hilfe des Bundes gehandelt hat.

Den ersten Punkt bestreiten wir unbedingt und behaupten das Gegentheil. Man denke daran, daß hier nicht von einem äußern Druck die Rede ist. Wenn der Bundestag aus eignem freien Entschluß einen Schritt, der nicht aus Rechtsgründen, sondern aus Gründen der Zweckmäßigkeit geschah, in Folge einer siebenjährigen Erfahrung, daß dadurch nichts erreicht werden kann, zurücknimmt, so wird sein Ansehen im Volk sich nicht vermindern, sondern auf eine unglaubliche Weise vermehren, und das deutsche Volk, stets zum Vertrauen geneigt, wird alle seine Hoffnungen wieder auf dieses Institut setzen. Zudem hat die preussische Denkschrift ganz richtig auseinander gesetzt, daß die Form des Bundesbeschlusses von 1852 in ihrer Dehnbarkeit eine formelle Zurücknahme desselben unnöthig macht.

Die kurhessische Denkschrift weist nach, daß die Verfassung von 1831 mit dem hassenpflugischen System unvereinbar ist; dagegen hat sie den Nachweis von der Nothwendigkeit des hassenpflugischen Systems nicht geführt. Da dies System im Lande selbst alle Klassen gegen sich und in Deutschland keinen Credit hat, so wäre seine Beseitigung schon im deutschen Interesse wünschenswerth, und wenn die Wiedereinführung der Verfassung von 1831 dazu beitragen könnte, so wäre das viel mehr ein Grund, dafür als dagegen zu sein.

Wie kam der Bundesbeschluß von 1852 zu Stande? Weder bei Oestreich noch bei Baiern noch bei einem andern der verbündeten Staaten ist ein positives In-

teresse für Hassenpflug voranzusetzen: sie schätzten in ihm nur einen der thätigsten Vorkämpfer gegen die Union. Herr von Manteuffel, der in Olmütz gezwungen wurde die Union aufzugeben, suchte sich dadurch zu entschädigen, daß er sich gemeinschaftlich mit seinen bisherigen Widersachern an seinen bisherigen Freunden rieb; er opferte die deutsche Sache in Schleswig-Holstein, in Hessen, überall, machte die berühmte Bemerkung über die „Revolution im Schlafrock und Pantoffeln,“ und ließ sich die innere Politik des Herrn von Westphalen gefallen, die freilich dem Hassenpflug'schen System nichts vorzuwerfen hatte.

Mit dem System Olmütz hat Preußen nun definitiv gebrochen; es hängt nur von Oestreich und den Mittelstaaten ab, ihm darin treulich beizustehen, so kommt dadurch eine Einigkeit Deutschlands zu Stande, die einer straffen Einheitsform nicht bedarf. Wenn das deutsche Volk im Bundestag, wie er jetzt besteht, den Pfleger seiner Rechte sieht, so wird die Idee einer Bundesreform keinen Anklang finden; sucht man dagegen die alten Parteizwistigkeiten wieder hervor und lenkt, wie es jetzt bereits geschehen, die allgemeine Aufmerksamkeit darauf hin, so wird damit Preußen mit Gewalt in jene Unions-Politik getrieben, für welche die Chancen jetzt günstiger sind als 1849.

Nachtrag. Das Rundschreiben des Grafen Walewski vom 9. Nov. enthält gegen den Brief des Kaiser Napoleon an Victor Emanuel nichts Neues — abgesehen von den 60 Mill. Fr., die sich Frankreich von Sardinien als Entschädigung auszahlen läßt. Es constatirt, daß über die Angelegenheiten Mittelitaliens in Zürich nichts weiter ausgemacht ist, als die Feststellung der gegenseitigen Wünsche, Ansichten und Ansprüche. Von den Anforderungen Frankreichs sind drei diesmal nicht erwähnt: die Einsetzung der Herzogin von Parma in Modena, die Einverleibung von Parma in Sardinien, die Verwandlung von Mantua und Peschiera in italienische Bundesfestungen. Ueber die Mittel, die Herzogthümer in Ordnung zu bringen, ist nichts vereinbart worden. Dem Congreß ist also ein sehr breiter Raum gelassen, und Preußen und Rußland — die einzigen Mächte, deren Ansichten noch nicht bekannt sind — werden auf die Entscheidung, da die drei übrigen Großmächte divergiren, einen sehr bedeutenden Druck ausüben können; sie werden es namentlich, wenn sie sich unbedingt mit England vereinigen. — Was im entgegengesetzten Fall, was überhaupt bis dahin geschehen soll, ist schwer zu sagen. Kaiser Napoleon hat seinem bisherigen Allirten, wie es scheint, in sehr bedrohlicher Weise, abgerathen, die Regenschaft des Prinzen von Carignan zuzulassen. Die englische Presse wetteifert in guten Rathschlägen an Victor Emanuel, auf diese Warnung nicht zu achten; ein Volk müsse sich die Freiheit selbst erkämpfen u. s. w.: Rathschläge, die äußerst wohlfeil sind, da immer sofort hinzugesügt wird, England dürfe sich nicht einmischen. Jene Redensarten werden so lange lächerlich sein, als man nicht den Beweis führt, daß 80,000 M. halb disciplinirter Truppen mit Erfolg einem Heer von 800,000 M. disciplinirter Truppen widerstehn können. Bleibt Napoleon bei seinem Vorsatz, und wird er von Rußland und Preußen darin bestärkt, so versteht es sich von selbst, daß Victor Emanuel sich fügen und bessere Zeiten erwarten muß: gewonnen hat er — und mit ihm die Sache Italiens — durch den Frieden genug, wenn er die neuen Provinzen mit den alten wirklich militärisch, administrativ und parlamentarisch zusammenschmilzt. Freilich bleibt dann

die Wunde Italiens in einer für Frankreich vielleicht bequemen, für Europa aber sehr gefährlichen Weise offen, und darum können wir noch immer nicht der Hoffnung entsagen, daß die drei bisher unbetheiligten Mächte sich über eine Entscheidung einigen werden, die größere Dauer verspricht. † †

Literatur.

Friedrich der Große und Katharina die Zweite. Von Kurd von Schlözer. — Berlin, Herß. — Ein sehr bedeutender Beitrag für das Verständniß jener Zeit (1740—72), namentlich für die Umstände, welche die erste Theilung Polens herbeigeführt haben. — Ueber das Verhältniß Rußlands zu Preußen zeichnen wir zunächst ein bemerkenswerthes Wort des großen Königs auf, das noch jetzt Anwendung findet: *La Russie ne doit point se compter parmi nos véritables ennemis: elle n'a rien à démêler avec la Prusse; c'est un ennemi accidentel.* Die Interessen Rußlands sind den preussischen nicht unbedingt entgegengesetzt. Dazu kommt der zweite Umstand: *à d'autres ennemis on peut rendre le mal pour le mal, ce qui devient impossible envers la Russie, à moins d'avoir une flotte considérable pour protéger et nourrir l'armée qui dirigerait ses opérations sur St. Pétersbourg même.* — Die beiden Wahrheiten sind zu bedenken. Freilich muß man die dritte hinzufügen: wenn Preußen sich mit Rußland in ein Bündniß einläßt, so muß es mit all den Vorsichtsmaßregeln und der Wachsamkeit geschehn, als ob der Freund sich über Nacht in den tödtlichsten Feind verwandeln könnte. — Auch Rußlands Politik ist dadurch merkwürdig, daß sie im Großen und Ganzen betrachtet, wie von einer unbezwinglichen Naturkraft geleitet, einen zusammenhängenden, einheitlichen Gang verfolgt; daß sie aber im Einzelnen, eben der despotischen Regierungsform wegen, mehr als in irgend einem andern Reich von Laune und Willkür bestimmt wird. Das eine darf man nicht aus den Augen lassen, wenn man das andere in Rechnung zieht. Auf welche Weise die Willkür von Zeit zu Zeit aufgehoben, die absolute Regierungsform „temperirt“ wird, ist bekannt: will man eine augenblickliche Stimmung Rußlands ausbeuten, so muß es mit der Schnelligkeit des Bliges geschehn; denn nur zu bald tritt jenes Walten der Naturkraft wieder ein. — Ueber die Hofgeschichten und ihren Einfluß auf die Politik haben die vor kurzem veröffentlichten Denkwürdigkeiten von Sievers und Sumorow ein dankenswerthes Licht verbreitet; durch das vorliegende Büchlein wird die Helle um ein Bedeutendes vermehrt; auch lernt man daraus richtiger erkennen, was Diplomatie heißt. Diplomatie ist etwas Wichtiges, als geschicktes Werkzeug eines eisernen Willens; Diplomatie ist ein Kinderpiel, wo dieser leitende Wille fehlt. Das mag trivial klingen, aber es wird zu leicht vergessen. Die Diplomatie unter Friedrich dem Zweiten hat viel gewirkt; sie hatte eben einen Mann hinter sich. Die Diplomaten der folgenden Zeit haben eine nicht beneidenswerthe Rolle gespielt. — Was nun die Theilung Polens be-